Redaktion und Verlag
von R. Hahn, Kirchplatz Nr. 3.
Druck der Graßmann'schen Buchdruckerei.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 82. Abendblatt. Donnerstag, den 18. Februar 1869.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Einundfünfzigste Sitzung vom 17. Februar.

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr.

Am Ministertische: Regierungs-Kommissar Geh. Rath Graf zu Eulenburg. Später: Minister Graf zu Eulenburg.

(Die Bänke des Hauses sind sehr spärlich besetzt.)

Abg. Berger (Witten) hat einen Antrag eingereicht: „Die Staatsregierung aufzufordern, sobald als möglich, spätestens in der nächsten Session einen Gesetzentwurf wegen Baues einer Eisenbahn von Memel nach Tilsit, im Anschluß an die Tilsit-Insterburger Bahn, vorzulegen." — Der Antrag soll durch Schlußberathung erledigt werden. Die Ernennung des Referenten behält der Präsident sich vor.

Es wird darauf die gestern abgebrochene Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Erwerbung und den Verlust der Eigenschaft als preußischer Unterthan, sowie über den Eintritt in fremde Staatsdienste, fortgesetzt.

§. 12 bestimmt, wie bereits mitgetheilt, die Fälle, unter denen die Eigenschaft als Preuße verloren gehen soll, unter Nr. 3 durch zehnjährigen Aufenthalt im Auslande.

Die Abgg. v. Bockum-Dolffs und Windthorst (Lüdinghausen) beantragten die Streichung dieser Nr. 3.

Die Abgg. Virchow und Lasker beantragen die Nr. 3 zu fassen: „durch Erwerbung fremder Staatsangehörigkeit und zehnjährigen Aufenthalt im Auslande (§. 20)."

Abg. Miquel rechtfertigt das letztere Amendement. Durch Verjährung sollte ein Staatsbürgerrecht niemals verloren gehen, deshalb müsse diese Bestimmung aus dem Gesetze entfernt werden. Dagegen werde durch Erwerbung der fremden Staatsangehörigkeit der Wille, die Heimath zu verlassen, kund gegeben.

Reg.-Komm. Graf zu Eulenburg: das Gesetz gehe davon aus, daß, wenn Jemand 10 Jahre hindurch keinen Schritt gethan habe, um die Verbindung mit seiner Heimath zu erhalten, dadurch der Wille kund gegeben werde, das Verhältniß zu lösen.

Abg. Eberty erklärt sich für die Streichung der Nr. 3, denn man bleibe Preuße, wenn man noch so lange im Auslande lebe.

Die Abg. Virchow und Lasker beantragen ferner zu dem mit §. 12 in Verbindung stehenden §. 20 dieselbe Einschaltung: „Preußen, welche die preußischen Staaten verlassen, und in einem fremden Staate die Staatsangehörigkeit erwerben" ꝛc.

Bei der Abstimmung werden die beiden Amendements der Abgg. Virchow und Lasker und mit ihnen die §§. 12 und 20 angenommen.

§ 14 bestimmt: „Die Entlassung darf nicht ertheilt werden:"

1) Preußen, welche sich in dem Alter vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 25. Jahre befinden, bevor sie ein Zeugniß der Kreis-Ersatz-Kommission darüber beigebracht haben, daß sie die Entlassung nicht blos in der Absicht nachsuchen, um sich der Militärpflicht im stehenden Heere zu entziehen;

2) Militärpersonen, welche zum stehenden Heere gehören, Offiziere des Beurlaubtenstandes und Beamten, bevor sie aus dem Dienste entlassen sind;

3) Preußen, welche früher als Offiziere dem stehenden Heere oder dem Beurlaubtenstande angehört haben, oder als Militärbeamte mit Offiziersrang oder als Civilbeamte angestellt gewesen sind, bevor sie die Genehmigung des Chefs ihrer vormaligen Departements beigebracht haben;

4) den zur Reserve des stehenden Heeres und zur Landwehr gehörigen und nicht als Offiziere angestellten Personen, nachdem sie zum aktiven Dienste einberufen worden sind."

Hierzu liegen folgende Amendements vor:

1) Die Abgg. v. Bockum-Dolffs und Windthorst beantragen: die Nr. 3 zu streichen.

2) Abg. Richter (Königsberg) beantragt: a) in Nr. 1 statt der Worte „der Militärpflicht im stehenden Heere" zu setzen: „der Dienstpflicht im stehenden Heere und der Flotte", b) der Nr. 2 folgende Fassung zu geben: „Personen, welche zum stehenden Heere oder zur Flotte gehören, Offizieren der Reserve, Landwehr und Seewehr, bevor sie aus dem Dienste entlassen sind." c) Die Nr. 3 zu streichen. d) Der Nr. 4 folgende Fassung zu geben: „den zur Reserve des stehenden Heeres und zur Landwehr und den zur Reserve der Flotte und zur Seewehr gehörigen Personen, nachdem sie zum aktiven Dienste einberufen worden sind."

3) Abg. Miquel beantragt: der Nr. 1 hinzuzufügen: (Vergleiche jedoch den Art. 59 der Verfassung des norddeutschen Bundes mit dem §. 15 Al. 3 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst vom 9. November 1867.)

4) Abg. v. Diest beantragt in Nr. 1 das Wort „blos" zu streichen.

Abg. Miquel rechtfertigt sein Amendement. — Der Regierungs-Kommissar Graf zu Eulenburg erklärt sich dagegen, weil dasselbe nach 20jähriger Erfahrung vollständig entbehrlich geworden sei.

Abg. v. Diest bemerkt zur Begründung seines Amendements, daß, wenn das Wort „blos" stehen bleibe, eine Entlassung fast niemals verweigert werden könnte, da es außerordentlich schwer sei, nachzuweisen, daß Jemand seine Entlassung blos nachsuche, um sich der Militärpflicht zu entziehen. Der Redner ändert demnächst sein Amendement, indem er eine andere Fassung für die Nr. 1 vorschlägt.

Abg. Richter (Königsberg): Sein Amendement bezwecke, dieses Gesetz mit Art. 11 der Verfassungs-Urkunde in Uebereinstimmung zu bringen, denn außer dem Landheere existire auch noch die Flotte. Gegen das Amendement Diest müsse er sich erklären. Der größte Theil der Landräthe bestehe aus ehemaligen Lieutenants (Oho!), deren juristische Vorbildung nicht groß sei. Wenn nun ein Lieutenant als Landrath und ein Wachtmeister als Schreiber ein Entlassungsgesuch zu prüfen hätten, so träten die militärischen Rücksichten zu sehr in den Vordergrund. Deshalb sei das Wort „blos" nothwendig. Nehmen wir den Landrath, wie er ist, und machen wir das Gesetz nicht besser, als der Landrath es vertragen kann. (Beifall links. Heiterkeit rechts.)

Der Regierungs-Kommissar Graf zu Eulenburg erachtet die Erwähnung der Flotte in dem Gesetze für eine Verbesserung, kann sich aber mit der Fassung der Richter'schen Amendements nicht einverstanden erklären, weil dieselben die Beamten und Offiziere des Beurlaubtenstandes nicht erwähnen.

Abg. v. Diest ersucht den Abg. Richter, ernste Dinge nicht in einem scherzhaften Tone zu behandeln. (Beifall rechts.) Wenn derselbe länger im Hause sein werde, so werde er sich dem jetzt herrschenden Tone wohl anschließen.

Abg. Richter (persönlich): Ich kann nicht annehmen, daß der Abg. v. Diest in diesem Hause die Stellung eines Polizeibeamten einnimmt, (oho! rechts) um mir eine Rüge zu ertheilen. Ich muß mir dies in allem Ernste für die Zukunft verbitten. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Ich vertrete meinen Wahlkreis unabhängig, wie ich es für gut befinde.

Abg. v. Diest: Ich habe dem Abgeordneten keine Rüge ertheilt, sondern ihn nur im Interesse der Sache ersucht, sich der hier gewöhnlichen Art der Behandlung der Gegenstände anzuschließen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Bötticher beantragt, im §. 14 überall die Worte „und der Flotte" einzuschalten.

Das abgeänderte Amendement v. Diest geht dahin: in Nr. 1, letzter Satz, zu sagen: „daß nach ihrer pflichtmäßigen Ueberzeugung nicht die gegründete Vermuthung vorliegt, die Entlassung werde zu dem Zwecke nachgesucht, um sich der Militärpflicht im stehenden Heere und der Flotte zu entziehen."

Mit diesem letzten Amendement erklärt der Regierungs-Kommissar sich einverstanden.

Bei der Fragestellung erklärt der Präsident, daß die Abstimmung „einige Schwierigkeiten" verursachen werde.

Bei der Abstimmung werden die Amendements v. Diest und v. Bötticher angenommen, die Nr. 3 jedoch dem Antrage der Abgg. Richter und v. Bockum-Dolffs gemäß gestrichen. §. 14 wird demnächst mit den beschlossenen Abänderungen angenommen.

§. 15. Preußen, welche nach dem Königreiche Baiern, dem Königreiche Würtemberg oder dem Großherzogthum Baden auswandern wollen, ist im Falle der Reziprozität die Entlassung zu verweigern, so lange sie nicht nachgewiesen haben, daß der betreffende Staat sie aufzunehmen bereit ist."

Abg. Richter (Königsberg) beantragt die Streichung dieses Paragraphen. Dieser Antrag wird bei Zählung mit 160 gegen 156 Stimmen angenommen. — Abg. v. Denzin beantragt namentliche Abstimmung. Das Resultat derselben ist die abermalige Ablehnung des Paragraphen mit 172 gegen 156 Stimmen.

Die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden ohne erhebliche Diskussion nach den Kommissions-Vorschlägen angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung, Verwandlung und Neu-Errichtung von Wittwen- und Waisenkassen für Elementarlehrer. — Die Kommission für das Unterrichtswesen hat diesen Gesetzentwurf in vielfacher Beziehung abgeändert. Die Kommission war einstimmig der Ansicht, daß an die Staatsregierung die Anforderung zu richten sei, daß sie die nothwendigen Zuschüsse zu geben habe. Die Kommission hat sich zwar nicht verhehlt, daß die Staatsregierung eine gesetzliche Verpflichtung nicht habe, und sie verhehle sich nicht, daß wenn die Belastung der Staatskasse auch jetzt dadurch nicht erheblich sei, sie doch in der Folge erheblich werde, aber sie ging von der Ansicht aus, daß der Staat eine moralische Verpflichtung habe, weil das Wohl und Wehe des Staats sehr wesentlich davon abhängt, daß er einen Elementarlehrerstand habe, der mit Treue und Aufopferung seinem Berufe obliegt. In dieser Beziehung besteht eine Differenz zwischen der Staatsregierung und der Kommission in den übrigen Beziehungen nicht.

Der Reg.-Komm. Geh. Rath v. Wussow erklärt: Die Vorlage der Regierung gehe darauf hinaus, schnell zu helfen. In der Kommission sei die Vorlage in ihrem ganzen Wesen verändert, indem dieselbe erstens ein Minimum von 50 Thlr. annahm, welches als Pension ein für alle Mal zu gewähren sei, und indem man ferner der Staatskasse die subsidiäre Verpflichtung auferlegte, die Pension voll zu machen, wo die Beiträge nicht ausreichten. Wo das Minimum durch die Beiträge nicht zu erreichen sei, da sei auch die Staatsregierung nicht in der Lage, das Defizit zu decken. (Hört! hört!) Eine gesetzliche Verpflichtung liege, wie die Kommission anerkennt, für den Staat nicht vor, es handle sich also um ein nobile officium. Nach den bereits vorliegenden statistischen Erhebungen sei das Defizit kein so unerhebliches und die Summe steige stets und werde nach 20 Jahren etwa 210,000 Thlr. betragen. (Sensation). Er bitte, bei der Berathung den guten Zweck der Vorlage nicht aus den Augen zu lassen und das Gute des Bessern wegen nicht abzulehnen.

Abg. Engel (Schleiden) erklärt sich gegen die Verpflichtung des Staats, da die Pensionen weder ein Gehalt, noch ein Almosen, sondern eine Assekuranz seien, für welche Jeder selbst sorgen müsse.

Abg. Schlichting beantragt: Die Staatsregierung aufzufordern, in der nächsten Diät einen statistischen Nachweis über die Zahl der Kassen und der Wittwen und Waisen dem Hause vorzulegen.

Der Regierungs-Kommissar v. Wussow erklärt, daß die Motive der Vorlage einen solchen Nachweis bereits erhalten.

Abg. Gneist: Darüber sei man einverstanden, die Lage der Volksschulen müsse verbessert werden — doch Niemand wolle die Kosten tragen; die Selbstverwaltung müsse durchgeführt werden — doch Niemand wolle die dadurch erforderten Steuern zahlen. (Sehr richtig!) Der von der Kommission geforderte Staatszuschuß wirke nicht zum Besten der Gemeinden, die am meisten thun, sondern zum Besten der Gemeinden, die am wenigsten thun. Die unangenehme Frage des Kostenpunktes habe uns seit 20 Jahren von allen nothwendigen Reformen zurückgehalten und es sei jetzt also an der Zeit, sie einmal ins Auge zu fassen. Ohne Geld bleibe die Schulfrage eine Schulfrage, wie sie heute liegt. Man müsse sich endlich entschließen, von dem ehrwürdigen Boden des Herkommens überzugehen auf den rationellen Boden der Besteuerung nach Lage der Anforderungen der jetzigen Zeit. Was helfe es, wenn unsere Regierung bei jeder Sache das nothwendige Geld schaffen müsse durch neue Umlagen; man werde nicht weiter kommen ohne das Geständniß, daß die Verwaltungsregeln endlich ersetzt werden müssen durch Steuerregeln, d. h. Selbstverwaltung. Man müsse die Lebensfähigkeit der Kommunen in's Auge fassen, dann sei die Verwaltung der Wittwenkassen eine Bagatelle. Wenn er sage, wir brauchen Geld, so meine er damit mehrere Millionen, und wenn mit einem Schlage das Schulgeld abgeschafft werde, doppelt so viel Millionen. Die Kommission mache wahrhaft primitive Kopfsteuer-Vorschläge. Alle Schulgemeinden sollen einen gleichen Beitrag bezahlen, ohne Rücksicht auf ihre Leistungen. Mit Philosophiren über das große Prinzip des Schulwesens könne man auf diesem Boden nicht einen Schritt weiter kommen. Die Verwaltungs-Vorschläge der Kommission seien höchst unvollkommene. Es sei nicht praktisch, zur Verwaltung eines so kleinen Dinges, wie eine Wittwenkasse, einen Apparat von Personen aufzubieten, der für die Provinz Schlesien ein paar hundert Köpfe erfordere. Nehme man nur die Vorschläge der Kommission an und sei man versichert, daß, wenn diese Maßregel einmal in Gang komme, dann der Widerspruch der Interessenten und das Monitum über die Verkehrtheit dieser Kopfsteuer, über das primitiv völlig Unzureichende unserer Gemeindebeiträge zu einer so lebhaften Diskussion führen werde, daß die Sache sich von selbst weiter treibe nach ihrem richtigen Ziele. Das seien die Gründe, aus denen er die Kommissionsanträge befürworte, (Heiterkeit) als Kollekte für einen großen Zweck. (Große Heiterkeit.) Ein Antrag auf Vertagung der Berathung wird angenommen.

Schluß der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Rest der heutigen.

Der Präsident kündigt an, daß er morgen Abend Sitzung halten werde und setzt für dieselbe Petitionsberathungen an.

Deutschland.

□ Berlin, 17. Februar. Der „Independance" wird aus Wien geschrieben, daß die russische und preußische Regierung dem Fürsten von Montenegro zugesagt haben, sich bei der Pforte dahin zu verwenden, daß ihm der Hafen von Spezzia im adriatischen Meere abgetreten werde. Die Nachricht ist vollständig unbegründet und wird nur deshalb verbreitet, um neue Allianzgerüchte daran knüpfen zu können. Denn wie die „Independance" erklärt, sind auch ihr dergleichen Kombinationen aus Wien zugegangen. Danach soll der Fürst von Montenegro Anfangs die Absicht gehabt haben, im Interesse der obenerwähnten Erwerbung auch nach Paris zu gehen, davon später aber Abstand genommen haben, weil er eine abschlägige Antwort vorausgesehen habe und jetzt dafür nach Wien gehe. Daraus werden schließlich allerlei Gruppirungen der verschiedenen Mächte in der orientalischen Frage gefolgert. Uebrigens setzt selbst die „Independance" Zweifel in diese Nachrichten und man begreift daher nicht recht, warum sie dieselben dann überhaupt aufgenommen hat. — Der agitatorische Theil der russischen Presse, der „Golos" (der bekanntlich ebenfalls welfischen Interessen dient), die „Russischen Nachrichten" und die „Moskauer Zeitung" fahren auch jetzt, nachdem der türkisch-griechische Konflikt durch die Pariser Konferenz beigelegt worden ist, noch fort, auf den Ausbruch eines türkisch-griechischen Krieges zu spekuliren. — Außer den Mitgliedern des ersten und zweiten Ausschusses, deren Ernennung, wie von uns mitgetheilt worden, durch den Bundesfeldherrn erfolgt ist, sind nunmehr auch die Mitglieder der übrigen Ausschüsse von dem Bundesrath gewählt worden, und zwar in den Ausschuß für Zoll- und Steuerwesen aus Preußen der General-Steuer-Direktor v. Pommer-Esche, aus Sachsen der Ministerial-Direktor Weinlig, aus Braunschweig der Minister-Resident Liebe (Stellvertreter ist Hessen in der Person des Geh. Legations-Rath Hoffmann); in den Ausschuß für Handel und Verkehr aus Preußen der Präsident Delbrück, der Ministerial-Direktor v. Philipsborn und der Geh. Reg.-Rath Graf Eulenburg, aus Sachsen der Ministerial-Direktor Weinlig, Hamburg der Bürgermeister Dr. Kirchenbaur (Stellvertreter aber ist Bremen in der Person des Senators Gildemeister); in den Ausschuß für Eisenbahnen, Post und Telegraphen aus Preußen der General-Postdirektor v. Philipsborn, aus Hessen der Geh. Legationsrath Hoffmann, aus Sachsen-Weimar der Staatsminister v. Watzdorf, aus Oldenburg der Staatsrath Buchholz, aus Sachsen-Altenburg der Staatsminister Gerstenberg-Zech (Stellvertreter ist Braunschweig durch den Minister-Resident Liebe); in den Ausschuß für Justizwesen aus Preußen der Geh. Ober-Justizrath Pape (Stellvertreter desselben der Geh. Ober-Finanzrath Wollny), aus Sachsen der Geh. Justizrath Klemm, aus Weimar der Staatsminister v. Watzdorf, aus Schwarzburg-Rudolstadt der Staatsminister v. Bertrab, aus Lübeck der Minister-Resident Dr. Krüger (Stellvertreter ist Sachsen-Koburg-Gotha durch den Staatsminister v. Seebach); in den Ausschuß für Rechnungswesen aus Preußen der Ministerial-Direktor Günther (Stellvertreter desselben der Geheime Ober-Finanzrath Wollny), aus Sachsen der Geheime Justizrath Klemm, aus Hessen der Geheime Legations-Rath Hoffmann, aus Mecklenburg-Schwerin der Staatsminister von Bülow, aus Braunschweig der Minister-Resident Liebe (Stellvertreter ist Hamburg durch den Bürgermeister Kirchenbaur.) — Der Etat für die Konsulate des norddeutschen Bundes für das Jahr 1870 weist eine Einnahme von 21,660 Thlr. und einen Betrag an fortdauernden Ausgaben von 335,450 Thaler nach (gegen das Vorjahr 59,800 Thlr. mehr.) Es kommen davon auf die Besoldung für die General-Konsulate an Gehalt 30,000 Thlr. und an Lokalzulagen 63,900 Thlr. und zwar sind 10 General-Konsulate in Alexandria, Belgrad, Bukarest, Chili, Japan, London, Mexiko, Newyork, Venezuela und Warschau mit je 3000 Thlr. Gehalt angesetzt. Die Lokal-Zulagen betragen für Newyork 10,500 Thlr., Mexiko 8400 Thaler, Chili, Japan und Venezuela je 7000 Thlr., für London 6000 Thlr., für Alexandria, Bukarest und Warschau je 5000 Thlr. und für Belgrad 3000 Thlr. Für die Vicekonsuln bei den General-Konsulaten sind ausgesetzt an Gehalt 14,800 Thlr. und an Lokalzulagen 14,050 Thlr. Für die Konsulate sind veranschlagt an Gehalt 19,500 Thlr., nämlich für 13 Konsuln in Beyrut, Bosnien, Canton, Konstantinopel, Galacz, Jerusalem, Paris, Pesth, Petersburg, Shanghai, Smyrna, Tientsin, Trapezunt mit je 1500 Thlr. Gehalt und mit einer Lokalzulage von zusammen 50,000 Thlr., die in folgender Weise vertheilt sind für Beyrut, Bosnien, Galacz, Jerusalem, Smyrna je 2500 Thlr., für Kanton, Shanghai, Tientsin je 6500 Thlr., für Paris und Petersburg je 4500 Thlr., für Konstantinopel und Pesth je 3500 Thlr. und für Trapezunt 2000 Thlr., für die Vicekonsuln bei den Konsulaten ist ein Gehalt von 5800 Thlr. und eine Lokal-Zulage von 3500 Thlr. angesetzt; ferner für sonstige Vice-Konsulate noch 9200 Thlr., für anderweitige Remunerationen nicht fest angestellter Beamten oder Unterdiener 41,700 Thaler. Als einmalige außerordentliche Ausgabe ist die Summe von 9000 Thlr. für das Baugrundstück zu dem General-Konsulate in Alexandrien ausgeworfen. — Die Nachrichten über einen angeblichen Wechsel im Ministe-

rium des Innern, zu welchem die Anwesenheit des Oberpräsidenten v. Möller wieder Veranlassung gegeben hat, werden jetzt auch von den Provinzial-Bättern, und zwar „mit der größten Bestimmtheit" gemeldet. Es ist daran zu erinnern, daß diese Nachrichten von einer hiesigen Korrespondenz-Fabrik ausgehen und daß diese Korrespondenz-Fabrik dieselben Nachrichten schon seit 2 Jahren bei allen möglichen Gelegenheiten mit derselben Bestimmtheit wie jetzt auf den Markt gebracht hat, ohne daß sie sich bestätigt haben. Das Publikum selbst ist übrigens schon längst mit Recht mißtrauisch gegen alle derartige Gerüchte geworden. — So wie früher der Oberpräsident v. Möller, so sind jetzt auch die Oberpräsidenten v. Münchhausen und von Horn in Angelegenheiten ihres Verwaltungs-Departements hier anwesend.

Berlin, 18. Februar. Se. Maj. der König besichtigte heute Morgens im Beisein des russischen Militärbevollmächtigten Generals Grafen Kutusoff, des russischen Kapitäns und Adjutanten Stroukeff auf dem Hof des Palais die Pferde, welche vom Kaiserlichen Hofe zum Geschenk dem Großherzog von Sachsen-Weimar bestimmt sind, nahm alsdann die Vorträge der Hofmarschälle Pückler und Perponcher, des Geh. Kabinetsrathes v. Mühler, des Geh. Hofrathes Borck entgegen und fuhr darauf in Begleitung des Flügeladjutanten Oberstlieutenants v. Lucadou nach Babelsberg. Nach der Rückkehr von Potsdam wurde der Minister-Präsident Graf Bismarck empfangen und fand um 5 Uhr ein Diner von einigen 30 Gedecken statt. Geladen waren zu demselben der Kanzler des norddeutschen Bundes Graf Bismarck, der Präsident des Bundeskanzler-Amtes Delbrück und die sämmtlichen Bevollmächtigten zum Bundesrathe.

— Der Oberst und Kommandeur des 4. pomm. Infanterie-Regiments Nr. 21, v. d. Decken, ist heute mit Urlaub von Bromberg und der bisher zum Militär-Reitinstitut in Hannover kommandirt gewesene Major und etatsmäßige Stabsoffizier Witte vom pommerschen Husaren-Regiment (Blüchersche Husaren) Nr. 5 nach Ablauf seines Kommandos auf der Rückreise in seine Garnison von Hannover hier eingetroffen.

— Die vom Staatsministerium zu den Berathungen über die Kreisordnung aufgeforderten Mitglieder beider Häuser des Landtages haben die Einladung größtentheils bereits angenommen, und dürften die Mittheilungen seitens des Ministeriums heute erhalten haben. Man glaubt, daß die Berathungen schon morgen beginnen können. Aus dem Abgeordnetenhause sind zugezogen worden: die Abgg. Franke aus Schleswig-Holstein, Gille aus Hessen und Schwarzkoppen aus Nassau.

— Für die Bundes-Kriegsmarine ist die Einführung von Zeug-Feuerwerks-Lieutenants bestimmt, deren Stellenbesetzung aus der Zahl qualifizirter Oberfeuerwerker der Marine erfolgen soll. Die Prüfung der Expektanten hat nach denselben Vorschriften stattzufinden, wie solche für das Feuerwerkspersonal der Landarmee festgesetzt sind. Bisher fand eine Deckung des Bedarfs durch Abkommandirung von älteren Lieutenants der Feldartillerie statt.

— Das Begräbniß des Präsidenten der Königlichen Hofkammer, Ober-Jägermeisters Freiherrn von Schele, fand heute früh vom Trauerhause, Eichhornstraße 9, aus unter Betheiligung zahlreicher Personen des Hofes und höherer Militärs und Civilbeamten statt. Dem langen Trauerzuge folgten mehrere Hof-Equipagen.

— Während die Regierung die unzweideutigsten Beweise für ihren guten Willen gegeben hat, den Frankfurtern in der Rezeßangelegenheit nach Möglichkeit entgegenzukommen, wovon sich auch die hier weilende Deputation überzeugt haben wird, macht sich in Frankfurt selbst, wahrlich nicht zum Vortheil dieser Stadt, eine Agitation geltend, welche fast einer Zurückweisung der von der Regierung dargebotenen Hand gleichkommt. Glücklicherweise hat diese Agitation bis jetzt nur auf den geringsten Theil der Frankfurter Bevölkerung einen Einfluß gewonnen, während der besonnere Theil gern bereit ist, die zur Versöhnung dargereichte Hand der Regierung zu ergreifen, so daß Hoffnung auf Zustandekommen des Rezesses vorhanden ist, wodurch Frankfurt etwa zwei Millionen Gulden mehr erlangt, als der ursprüngliche Entwurf der Regierung zugestehen wollte. Käme der Rezeß nicht zu Stande, so bliebe es bei den jetzigen Beschlüssen der Budgetkommission, welche bekanntlich 756,000 Gulden zugesteht.

— Die Berliner Börse hat gestern zwei bedeutende Mitglieder verloren, in Görlitz starb gestern Vormittag der Chef des Hauses F. Martin Magnus, Herr Martin v. Magnus und hier zur selben Zeit Herr Stadtrath Moritz Meyer, Theilhaber der Firma Meyer & Co. Ersterer erreichte ein Alter von 73 Jahren, hatte sich übrigens seit etwa 10 Jahren von den Geschäften zurückgezogen, nachdem unter seiner Leitung die Firma F. Mart. Magnus zu einem Weltruf gelangt war. Er war es, der in jener Zeit die verschiedenen russisch-polnischen Anleihen hier einführte, wie denn noch jetzt die Firma zu denjenigen des hiesigen Platzes gehört, welche die intimsten Beziehungen mit den russischen Finanzkreisen unterhält. — Der Stadtrath Moritz Meyer erlag in einem Alter von wenig über fünfzig Jahren einer Lungenentzündung, welche einer langwierigen Nervenkrankheit auf dem Fuße folgte, er wurde einem ausgebreiteten Wirkungskreis entrissen, den nur ein so rastloser Fleiß, eine so unermüdliche Arbeitskraft, wie er sie besaß, auszufüllen vermochte. Herr Stadtrath Meyer gehörte seit Jahren sehr vielen Gesellschaften und Instituten als Vorstand an, so dem Direktorium der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn, dem Ausschuß des Berliner Kassenvereins, dessen Vorsitzender er war, dem Verwaltungsrath der „Minerva" u. a. m., er war einer der Gründer der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn und auch bei der Gründung verschiedener anderer industrieller und kommerzieller Gesellschaften betheiligt. Dem Magistrat der Stadt Berlin gehörte der Verstorbene seit vielen Jahren als unbesoldeter Stadtrath an und er widmete sich gerade den Anforderungen dieses Amtes mit seltener Opferwilligkeit, wie es denn bekannt ist, daß er Jahre lang die Finanzgeschäfte der Stadt unentgeltlich zur Ausführung brachte.

Köln, 16. Februar. Heute früh um 8 Uhr wurden wir mit dem Rufe: „Das Theater ist abgebrannt!" geweckt. Wir warfen uns schnell einen Rock über und liefen hin, um zu sehen, ob es wahr ist, — da standen nur noch die kahlen Mauern. Wie das Feuer ausgebrochen, weiß man noch nicht. Auf dem Malersaal wurde noch bis 2 Uhr Nachts gearbeitet, und jedenfalls muß da eine Fahrlässigkeit begangen worden sein. Um 5 Uhr wurde das Feuer zuerst bemerkt und da stand schon Alles in Flammen. Man vermuthet, daß aus dem Malersaale ein brennender Körper durch die Oeffnung des Kronleuchters ins Parquet gefallen ist und so das Uebrige entzündet. — Leider sind auch 8 Menschenleben zu beklagen. Der Kassirer Backhaus wohnte mit seiner Frau und 5 Kindern im Theaterlokal. Die Leute, die in der Nähe des Theaters wohnten, hörten ganz früh einen entsetzlichen Hülferuf; ein Mann stürte hinauf, schlug die Thüren ein, konnte aber vor Qualm Nichts sehen, und mußte, um nicht selbst zu ersticken, wieder umkehren. Die armen Menschen sind erstickt und ganz verbrannt, ihre Knochen hat man theilweise bereits gefunden. Ein Schlächtergeselle, der retten wollte, stürzte mit der Mauer in die Gluth, und einem Andern sind die Beine abgeschlagen worden. Der arme Direktor hat furchtbaren Schaden, denn er ist nicht versichert, weil keine Gesellschaft ihn aufnehmen wollte. Viel baares Geld, das sich im Theater befand, die ganze heute auszuzahlende Gage, die der Kassirer in Verwahrsam hatte, ist verbrannt. Ob und wo weiter gespielt werden kann, ist natürlich noch nicht zu bestimmen. Wäre die Jahreszeit mehr vorgerückt, so könnte draußen im Sommertheater gespielt werden." — Die „Köln. Ztg." bemerkt noch: Der durch eine einstürzende Mauer schwer verletzte Metzgergeselle soll schon im Hospital gestorben sein. Ein Ouvrier der Feuerwehr wurde auf frischer That betroffen, als er einiges Geld an sich nahm und in seinen Stiefel verbarg. Er wurde sofort verhaftet und geschlossen abgeführt. Es ist überflüssig, zu sagen, daß das Loos des allgemein geachteten und beim Publikum beliebten Kassirers Backhaus und der Seinigen hier die größte Theilnahme findet.

Stade, 16. Februar. Wie neuerdings mit großer Bestimmtheit behauptet wird, soll die Regierung sich jetzt entschlossen haben, auch hier, und zwar bei der etwas unterhalb Curhaven belegenen „Kugelbaake", ein größeres Werk zu errichten, welches mit der bei Grauerort projektirten Küstenbefestigung zum Schutze der Unterelbe, wie das bei Brinkamahof aufzuführende Werk zum Schutze der Unterweser bestimmt ist. Die Herstellungskosten der drei bezeichneten Werke sind auf etwa zwei Millionen veranschlagt, von welcher Summe ungefähr 220,000 Thaler auf die Grauerorter Befestigungen kommen.

Leipzig, 15. Februar. Der König Johann wird demnächst hier zu einem längeren Besuch erwartet, der besonders der Universität gelten soll.

München, 17. Februar. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer hat der Kriegsminister einen Gesetzentwurf vorgelegt, betreffend eine Kreditforderung von 4,765,000 fl., behufs Neubewaffnung der Infanterie. — Die Debatte über den Schulgesetzentwurf wurde fortgesetzt.

Ausland.

Wien, 17. Februar. Die „Wiener Abendpost" erklärt nach authentischen Mittheilungen die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Nachricht von der Insultirung des ungarischen Banners in Bukarest für erfunden.

Mailand, 12. Februar. Das historische Schloß Binasco, worin Beatrice di Tenoa, die unglückliche Gattin Visconti's, starb und das jetzt das Hotel der Präfektur geworden ist, wurde vergangene Woche in der Nacht der Schauplatz eines großen Unglücks. In einem der Säle sollte ein Ball zu einem wohlthätigen Zweck gegeben werden. Längs der mit Tapeten bekleideten Wände waren Armleuchter angebracht. Unglücklicher Weise neigte sich eine Kerze nach einer Tapete, die in dem Augenblick, wo das Fest begann, Feuer fing. Das aus 20 Musikern bestehende Orchester befand sich auf einer Tribüne in der Nähe des Ortes, wo das Feuer ausbrach. Diese Tribüne war sehr hoch und die Musiker hatten sich einer Leiter bedienen müssen, um hinaufzusteigen, die entfernt wurde, als der Ball begann. Diese armen Leute konnten sich nur retten, indem sie sich von ihrem improvisirten Orchester herabstürzten. Die von Holz erbaute und mit Percale überzogene Tribüne war plötzlich in Flammen eingehüllt. Die erschrockenen Musiker machten den Sprung, stürzten einer auf den andern und erlitten Verwundungen, Quetschungen und mehr oder weniger gefährliche Brandwunden. Fünf von ihnen, die zuletzt auf der Tribüne waren, wurden mit großer Mühe aus dieser Art von Scheiterhaufen hervorgezogen; sie waren in einem schrecklichen Zustande. Man schätzt die Zahl der Verwundeten, die alle dem Musikkorps von Motta Visconti angehörten, auf 16. Zwei, deren Lage am beunruhigendsten war, wurden sofort ins Hospital transportirt. Einer starb in derselben Nacht unter den furchtbarsten Schmerzen, die andern sind in einem verzweifelten Zustande.

London, 17. Februar. Reuter's Bureau meldet aus Bombay vom 13. d. M., daß Schir Ali im Monat März Lahore besuchen wird.

Madrid, 16. Februar. In der heutigen Sitzung der Kortes wurden die Wahlprüfungen fortgesetzt. Dieselben dürften voraussichtlich erst Donnerstag beendigt werden. Die definitive Konstituirung der Kortes findet wahrscheinlich Freitag statt. Die Mitglieder der Majorität halten morgen Abend eine Besprechung, um über die Wiederwahl des Ministeriums, sowie über einen Vorschlag zu berathen, welcher verlangt, es solle sofort nach Konstituirung der Kortes ein Souverän durch Akklamation erwählt und alsdann eine Volksabstimmung über diese Wahl herbeigeführt werden. — Mehrere Zeitungen melden gerüchtweise, König Ferdinand habe dem Herzoge von Montpensier einen Besuch abgestattet und ihm erklärt, daß er die spanische Krone nicht annehmen wolle.

Kopenhagen, 14. Februar. Wie die letzten Nachrichten aus Amerikalauten, inwieweit sie für den Verkauf der westindischen Inseln Dänemarks günstig sind, ob man die Hoffnung scheitern sehen soll, welche verschiedene Anzeichen in der jüngsten Zeit zu nähren berechtigten, das sind Fragen, welche im Augenblick die Gemüther der Hauptstadt am meisten bewegen, und je näher die Zeit rückt, wo der Senat der Union seinen Beschluß fassen muß, desto größer wird hier die Spannung. Die amerikanischen Blätter beschäftigen sich selbstverständlich viel mit der Angelegenheit, aber es ist kaum möglich, sich aus ihren Mittheilungen eine Meinung zu bilden, ob der Senat auf den Ankauf der Inseln eingehen wird. Alle Blätter jenseits des Oceans scheinen aber darin einig zu sein, daß der dänische Kriegsminister General Raaslöff, einen sehr vortheilhaften Eindruck in Washington gemacht hat, und daß er einen hohen Grad von Energie entfalte, um den Handel zum Abschluß zu bringen. Wie die Situation für den Augenblick ist, scheint dänischerseits viel Gewicht darauf gelegt zu werden, daß Präsident Johnson und Staatssekretair Seward sich in einer Weise Dänemark gegenüber erklärt haben, daß der Senat sich als bound by honour ansehen müsse: daß aber ein Argument dieser Art diejenigen, welche darauf bauen, sehr oft im Stiche läßt, ist eine genugsame bekannte Thatsache. Die hiesigen Blätter theilen in diesem Sinne die folgende Nachricht des „New-York Herald", datirt aus Washington vom 21. Januar mit: „Der Ausschuß des Senats ist auf nächsten Dienstag (den 26.) zu einer Sitzung berufen, um den außerordentlichen dänischen Gesandten, General Raaslöff, über die Frage des Verkaufs von St. Thomas sich aussprechen zu hören. Der Gesundheitszustand des Generals ist nicht der beste; der Ausschuß hat daher andere wichtige Sachen auszusetzen beschlossen, um des Generals „beredte Vertheidigung des Verkaufes der Insel" zu hören."

Athen, 13. Februar. Der „Smyrnaer Impartial" erzählt, unlängst sei auf einem vom Piräeus nach Syra und Kanea abgefertigten Dampfer, der 300 Kretaflüchtlinge an Bord hatte, der russische General-Konsul in Kanea, Dendrino, der auch mitfuhr, von jenen Leuten wie mit Einer Stimme angerufen worden: „Das ist unser Henker!" so daß er während der ganzen Fahrt nicht mehr habe auf Deck kommen mögen. — Die Athener Zeitungen sprechen sich sehr bitter über die Haltung Rußlands aus.

Washington, 16. Februar. Der Senat hat die vom Repräsentantenhause beschlossene Bill, daß die Annahme von Papiergeld als Kollateral-Garantie verboten sein soll, genehmigt.

Pommern.

Stettin, 18. Februar. In der gestrigen außerordentlichen Versammlung des hiesigen „Handwerker-Vereins" wurden in Folge der bekanntlich vom „Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen" gegebenen Anregung, die beiden Fragen: „über die Zweckmäßigkeit der Errichtung von Kunstschulen und von Fabrik- und Gewerbegerichten" in ausführlicher Weise diskutirt. Anwesende erklärten sich demnächst einstimmig für diese Einrichtungen auch am hiesigen Orte und nahmen in diesem Sinne die bezüglichen Resolutionen des Herrn Leuschner (vergl. Nr. 70 d. Blts.) an.

— Der Rittmeister v. Köller auf Reckow ist zum Kreiskommissarius des Camminer Kreises, der Rittergutsbesitzer Hauptmann a. D. von Waldow, Justizrath Küchendahl, der Kataster-Kontrolleur, Hauptmann a. D. Hoppener, der Kreis-Baumeister Kunisch, sämmtlich in Neustettin, der Pastor Malisch in Zamborst und der Bürgermeister Kroll in Ratzebuhr, Kreis Neustettin, sind zu Ehrenmitgliedern der „Landesstiftung Nationaldank" ernannt worden.

— Von den ausgebildeten Mannschaften des Trains sollen in Folge kriegsministerieller Bestimmung vom 1. Mai pr. Bataillon 88 Gemeine entlassen werden.

* **Pasewalk,** 16. Februar. Heute hat die Ehefrau des hier wohnenden früheren Bahnwärter Lange ihren Ehemann mit Drillingen, und zwar 2 Knaben und 1 Mädchen beschenkt. Mutter und Kinder befinden sich, den Umständen angemessen, ganz wohl. So dankbar der Ehegatte auch das Geschenk des Himmels entgegen genommen, so schmerzlich wird sein Herz dadurch berührt, keine Mittel zu besitzen, den kleinen Weltbürgern, sowie seiner Gattin als Wöchnerin die allernothwendigste Pflege angedeihen lassen zu können. Da der Mann schon seit 6 Monaten brotlos, außerdem noch 5 kleine Kinder zu versorgen hat, und gezwungen ist an den Wohlthätigkeitssinn edeldenkender Mitmenschen zu appelliren, glaubt Referent kein Unrecht zu begehen, wenn er sich im Interesse des so reich an Kindern gesegneten Vaters die herzliche Bitte erlaubt: hier helfend durch kleine Liebesgaben einschreiten zu wollen. (Zur Annahme von Spenden, seien sie auch noch so klein, ist die Redaktion der „Pommerschen Ztg." zu Stettin, sowie auch die Expedition derselben zu Pasewalk, Grüne Straße Nr. 28, gerne erbötig.)

Theater-Nachrichten.

Stettin. (Stadttheater.) Mittwoch, den 17. Februar. Zum ersten Male: „Die alte Schachtel", Lustspiel in 1 Akt von G. zu Puttlitz. Der geistreiche Verfasser hat mit dieser Bluette sein großes Talent für das Konversationsstück abermals auf das glänzendste bewährt. Ist die Fabel des Stückes auch eben nicht neu und überraschend, so gleicht der liebenswürdige, elegante Dialog diesen Fehler doch vollkommen aus. Die Charaktere sind gut gezeichnet und namentlich die alte „Lotte" ein wahres Kabinetsstück eines alten treuen Dienstboten. Die beiden jungen Ehepaare wurden von den Damen Lindner und Steinburg, und den Herren Weber und Baatz vortrefflich gespielt. Nur möge uns Frl. Steinburg die Bemerkung erlauben, daß sie ihrer Aussprache größere Aufmerksamkeit zuzuwenden hat. Sie wurde zuweilen ganz unverständlich. Vorzüglich war Frau Meaubert als „Lotte." Sie traf den Ton der alten treuen Dienerin vollständig und erzielte damit eine so große Wirkung, daß ein stürmischer Hervorruf bei offener Scene nicht ausbleiben konnte. Auch Herrn Baatz und Herrn Weber ward eine solche Auszeichnung zu Theil. Das recht ansehnlich versammelte Publikum nahm die Novität sehr freundlich auf und rief am Schluß sämmtliche Darsteller.

Eine zweite Novität war: „Die Hanni weint — der Hannst lacht." Komische Operette von Offenbach. Text und Musik — Offenbach'sch. Mehr läßt sich über die triviale Farce nicht sagen. — Den Darstellern, vor Allen Frl. Löber, gebührt dagegen das entschiedenste Lob.

In den Zwischenakten tanzte Frl. Rudolf und reussirte namentlich mit dem englischen Schiffsjungentanz.

— Herr Meaubert, Regisseur und viel beschäftigtes Mitglied unseres Stadttheaters hat zu seinem, am Freitag stattfindenden Benefiz, Gozzis „Turandot" gewählt, und wird dabei Lachners dazu komponirte reizende Musik zur Aufführung kommen. Möge dem fleißigen Regisseur und beliebten Künstler ein ausverkauftes Haus als wohlverdienter Lohn zu Theil werden.

Vermischtes.

— Ein mysteriöser Vorfall erregt gegenwärtig in verschiedenen Kreisen Sensation. Herr Dr. jur. Franz Lemm, in Berlin Königgrätzerstraße wohnhaft, Besitzer einer ausgezeichneten Sammlung altspanischer Gemälde, Mitglied verschiedener gelehrter Gesellschaften und wohl bekannt in den weitesten Kreisen durch seine ausgedehnten Reisen, ein eben so liebenswürdiger wie fein gebildeter Mann von 32 Jahren, beabsichtigte im Sommer v. J. in Kopenhagen die schöne Gemäldesammlung des ihm von Berlin aus bekannten russischen Gesandten Baron von Mohrenheim zu studiren. Am 8. August Abends gegen 10 Uhr (eine Stunde vor Abfahrt des Dampfboots nach Kopenhagen) ist Herr Lemm, wie feststeht, noch in Kiel gesehen worden. Von da ab verschwindet jede sichere Spur. An Selbstmord ist nicht zu denken, eben so wenig an Ableben in einem Gasthaus oder Hospital, wo sein Paß, seine Brieftasche, so wie mit Adresse versehene, im Koffer befindliche Reisehandbücher über seine Personalien Auskunft gegeben haben würden, es drängt sich vielmehr der Verdacht auf, daß der in guten Verhältnissen lebende, mit bedeutenden Geldmitteln versehene Reisende beraubt und ermordet worden ist. Jede Aufklärung würde von seinen zahlreichen Freunden willkommen geheißen. Die Herren Dr. Behnke, Möckernstraße 135, und Assessor Friedel, Dorotheenstraße 62, sind zur Annahme von Briefen und sonstigen Benachrichtigungen bereit.

Börsen-Berichte.

Stettin, 18. Februar. Witterung: leicht bewölkt. Wind SW. Temperatur + 9 ° R.

An der Börse.

Weizen matt und niedriger, pr. 2125 Pfd. ungar. 59—64 Rt, gelber inländ. 67—70 Rt, bunter poln. 65—68½ Rt, weißer 68—72 Rt, 83—85pfd. Frühj. 69, 68½ Rt bez., 68¾ Br. u. Gd., Mai-Juni 69¼, 69 Rt bez. u. Gd.

Roggen matt, per 2000 Pfd. loco 51—51½ Rt bez., per Februar 51½ Rt nom., Frühjahr 51, 50¾, ⅝ Rt bez., 50¾ Gd., 51 Br., Mai-Juni 51¼, 51 Rt bez u. Gd., Juni-Juli 52 Rt Br., Juli-August 51 Rt nominell.

Gerste still, pr. 1750 Pfd. loco ungar. 41—46 Rt

Hafer still, pr. 1300 Pfd. loco 34—35 Rt, 47- bis 50pfd. Frühj. 34 Rt bez. u. Br., Mai-Juni 34½ Br.

Erbsen pr. 2250 Pfd. loco Futter- 55—56½ Rt, schef. pr. Connoissement 54¾ Rt bez., Frühjahr Futter- 56¾, ½, ¼ Rt bez., Koch- loco 56½—58 Rt

Mais loco per Ctr. 2 Rt 3¼ Sgr. bez.

Wicken per 2250 Pfd. loco 53—58 Rt

Rüböl fester, loco 9¾ Rt Br., Februar-März 9⅔ Rt Br., April-Mai 9¾ Rt bez. u. Br., Septbr.-Oktbr. 10 Rt Br.

Spiritus matt, loco ohne Faß 14⅚ Rt bez., mit Faß 14⅚, ¾ Rt bez., Februar 14⅞ Rt Br., Frühj. $14\frac{23}{24}$, 15 Rt bez., Mai-Juni $15\frac{5}{24}$ Rt bez., Juni-Juli 15½ Rt Br., Juli-August 15¾ Rt bez., August-Septbr. 16 Rt Br.

Angemeldet: 200 Centner Rüböl.

Regulirungs-Preise: Weizen 69, Roggen 51½, Rüböl 9⅔, Spiritus 14⅞.